

# SPD-interner Streit um Frieden eskaliert mitten im Wahlkampf

„Mehr Diplomatie wagen“ will eine Gruppe Genossen in Kriegszeiten. Die Landespartei ließ sie auffaulen – und unterlag nun vor Gericht.

VON ANDREAS MÜLLER

STUTTGART. Eigentlich hat die Südwest-SPD gerade genug andere Sorgen, als sich mit sich selbst zu beschäftigen. Ihre Aussichten für die Landtagswahl am 8. März sind alles andere als rosig. In den Umfragen rangiert die einst so stolze Partei teilweise nur noch im einstelligen Bereich, selbst die ersehnte „Deutschland-Koalition“ mit CDU und FDP rückt zusehends außer Reichweite.

Ausgerechnet jetzt aber, zum denkbar ungünstigsten Zeitpunkt, eskaliert eine bisher wenig beachtete SPD-interne Auseinandersetzung. Kurz vor Weihnachten hat die Parteiführung um den Spitzenkandidaten Andreas Stoch im Rechtsstreit mit einer Gruppe von Mitgliedern eine schwere Niederlage kassiert. Kalt erwischt wurde sie von einem Urteil des Landgerichts Stuttgart in

einem lange vor sich hin dümpelnden Zivilverfahren. Damit wird die Landespartei zentrale verpflichtet, die Mailadressen von allen etwa 30 000 Mitgliedern an die Initiative „Mehr Diplomatie wagen“ herauszugeben. Ein drei Jahre währendes Tauziehen nimmt damit eine überraschende, für Stoch & Co. höchst unwillkommene Wendung.

„Mehr Diplomatie wagen“ – unter dieser bei Willy Brand („Mehr Demokratie wagen“) entlehnten Devise versammeln sich Genossinnen und Genossen, die die SPD wieder stärker als „Friedenspartei“ profilieren wollen. Seit dem Überfall Russlands auf die Ukraine steht das Militärische für sie viel zu sehr im Vordergrund.

Immer mehr Waffen seien keine Lösung, sondern führten nur zu einer Eskalation des Krieges. Man müsse wieder mehr miteinander reden, die diplomatischen Anstrengun-

gen verstärken. Mit Putin verhandeln? Daran scheiden sich in der Partei die Geister. Was die einen fordern, finden andere naiv und weltfremd.

Auch in der Südwest-SPD hat die Initiative einigen Zulauf. Getragen wird sie von Ex-Abgeordneten wie Hilde Mattheis (Ulm) und Rita Haller-Haid (Tübingen) oder Juristen wie dem Arbeitsrechtler Wolfgang Däubler und dem Anwalt Holger Rothbauer. Seit Anfang 2023 bemüht sich die Gruppe darum, die Basis über die offiziellen Parteikanäle zu erreichen; alle Mitglieder sollen über Argumente informiert oder zu Veranstaltungen eingeladen werden. Am liebsten hätte sie ihre Mails von der Landesgeschäftsstelle verschicken lassen; dazu müssten keine Daten herausgegeben werden. Doch das wurde abgelehnt. Also beantragten die Initiatoren, eine Liste mit den Mailadressen zu erhalten. Auch das verweigerte die Parteizentrale. Vor knapp zwei Jah-

**Die Meinungsbildung in der Partei soll nicht nur von oben nach unten verlaufen.**

ren reichte die Initiative dann eine Klage ein, die vom Amtsgericht ans Landgericht Stuttgart ging. Für die parteiinterne Meinungsbildung seien die Mailadressen unerlässlich, man werde datenschutzkonform damit umgehen. Die SPD-Spitze hielt mit diversen Argumenten dagegen. Die Gruppe habe doch viele andere Wege, sich an die Basis zu wenden. Wenn man ihrem Wunsch folge, würden die Mitglieder bald mit Mails bombardiert. Im Sommer 2025 wurde zuletzt mündlich verhandelt, danach hörte man monatelang nichts mehr.

Das Urteil der Zivilkammer (Aktenzeichen 15 O 131/24) war dann ein Knaller. Auf ganzer Linie gab es den Klägerinnen und Klägern recht: die Landes-SPD müsse Namen und Mailadressen herausgeben. Ähnlich wie in einem Verein gelte es, so den internen Diskurs zu ermöglichen. Die Friedenspolitik sei gewiss nicht parteifremd, eine Flut von Mails nicht zu befürchten. Für

den Mitinitiator Rothbauer war das „ein bundesweit wegweisendes starkes juristisches Signal“: die Willensbildung in einer demokratischen Partei könne nicht allein von oben nach unten laufen, sondern müsse „von unten nach oben möglich sein“.

Die SPD-Landespitze aber war schwer getroffen. Wie umgehen mit der herben Niederlage? Im Januar entschied der Vorstand, gegen das Urteil Berufung beim Oberlandesgericht einzulegen. „Als SPD stehen wir für einen offenen und lebendigen innerparteilichen Diskurs“, teilte eine Parteiprecherin auf Anfrage mit. Gleichzeitig trage man Verantwortung gegenüber den Mitgliedern und für den Schutz von deren Daten. Es sei jetzt zu klären, ob jedes einzelne Mitglied Anspruch auf die Daten sämtlicher Mitglieder habe. Das, hört man, sei auch der Bundespartei wichtig; es gehe schließlich um einen „Präzedenzfall“.

Eine Fortsetzung folgt also in der nächsten Instanz – aber, zum Glück für die SPD, erst nach der Wahl.